Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 180. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 4. August 1926

Danzigs Unabhängigkeit.

Unter dem vielen Wahnwitz, den man bei den Friedensverhandlungen in Versailles produzierte, ist einer der schlimmsten die Schaffung des Freistaates Danzig, die Abtrennung der alten deutschen Stadt von Deutschland. Umklammert vom polnischen Gebiet, in starker politischer wie noch stärkerer wirtschaftlicher Abhängigkeit von Polen, besitzt Danzig so gut wie gar kein Hinterland und ist deswegen, um leben zu können, auf ein schledlich-friedliches Verhältnis mit Polen angewiesen, das natürlich niemals die Hoffnung aufgegeben hat, sich Danzigs dereinst zu bemächtigen. Die häufigen Streitfälle mit Polen sind bekannt, bekannt aber auch, daß der Völkerbund dem Freistaat Danzig die selbstverständlichsten Wünsche versagte. Daß dadurch die Stimmung in Danzig nicht gerade völkerbund- und polenfreundlicher geworden ist, versteht sich von selber, besonders, da der Völkerbund vor kurzer Zeit den Holländer van Hamel als Oberkommissar nach Danzig schickte, obgleich gerade dieser Mann früher als Vorsitzender der Rechtskommission des Völkerbundes seine Gutachten immer gegen Danzigs Interessen abgegeben hatte.

Nun befindet sich Polen augenblicklich selbst in derartigen Schwierigkeiten, daß man sich auf außenpolitische Abenteuer wohl kaum wird einlassen können. Daraus sind die zurückhaltenden Erklärungen zu verstehen, die der neue polnische Ministerpräsident Bartel vor kurzem im Senat von sich gegeben hat über die künftige Gestaltung der polnischen Beziehungen zum Freistaate Danzig. Danzig hat einen sehr klugen Präsidenten, der es verstanden hat, seinem Staat bei den Verhandlungen mit Polen sowohl wie mit dem Völkerbunde ganz außerordentlich großen Nutzen zu bringen. Es ist der Präsident Sahm, der eifersüchtig darüber wacht, daß wenigstens nicht die enggezogenen Grenzen der Danziger Unabhängigkeit angetastet werden, die dieser Stadt belassen sind. Er hat sich soeben darüber sehr deutlich geäußert als Antwort auf die Ausführungen Bartels, aus jenen hervorgehe, daß Polen jetzt einsähe, nur der Weg dauernder und sachlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit könne zum Ziele führen, nämlich ein erträgliches Verhältnis zu schaffen; dabei solle man davon ausgehen, daß Danzig eine freie und von Polen unabhängige Stadt ist und bleibt.

Die innere Unmöglichkeit der „Ordnung" des Versailler Vertrages ist auch dadurch deutlich genug geworden, daß die Finanzlage des Freistaates eine recht prekäre ist, daß daher namentlich über die Abrechnungen der einlaufenden Zollgebühren jahrelang dauernde Auseinandersetzungen mit Polen als dem eigentlichen Danziger Hinterland erfolgten. Diese Stadt ist ja doch der Haupthafenplatz, über den die polnische Ein- und Ausfuhr geht; die polnischen Versuche, sich in Gdingen einen eigenen Hafen zu schaffen, sind in den Anfängen steckengeblieben. Die Streitigkeiten haben übrigens vor einiger Zeit sogar zu einer Grenzsperre Polens gegen das Danziger Gebiet geführt. Präsident Sahm lehnt aber jede Einmischung des Völkerbundes in die inneren, also auch in die finanziellen Angelegenheiten Danzigs ab; denn die Finanzlage sei an und für sich gesund, sie sei durch „außerordentliche Umstände" — man weiß, was er damit andeutet — nur vorübergehend in ungünstiger Weise beeinflußt worden. Das habe sogar die Finanzkommission des Völkerbundes bestätigen müssen. Danzig muß nämlich — als früherer Teil des Deutschen Reiches — an den Reparationslasten mittragen; trotzdem will Sahm aber höchstens eine vermittelnde Tätigkeit jener Kommission dulden, die sich außerdem nur noch mit einer Neuregelung des Zollverteilungsschlüssels zu beschäftigen habe. Mehr nicht; alles andere sei ein Übergriff des Völkerbundes, und wenn der polnische Ministerpräsident nach dieser Richtung hin Andeutungen mache, so werde Danzig sich scharf gegen jeden Versuch der Finanzkommission wenden, sich in die inneren Verhältnisse Danzigs einzumischen, geschweige denn, den Freistaat gar vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie Bartel behauptet hat. Sollte sich hier etwa schon der neue Oberkommissar „betätigt" haben?

Uns im Deutschen Reiche sind die Hände gebunden; aber aus den bisherigen Erfahrungen können wir entnehmen, daß in Danzig von dem alten Hansaatengeist noch recht viel übrigblieb, der sich beugt, sich aber nicht brechen läßt. Und wir können nur mit gesteigerter Zuversicht auf jenen Tag hoffen, an dem die Weltgeschichte auch über diesen Wahnwitz von Versailles ihr Urteil spricht; bis dahin aber möge Danzigs Schicksal in treuen deutschen Händen liegen.

Zehntägige Schlacht vor Damaskus.

Ausbreitung des Aufstandes in Syrien.

Nach einer Meldung aus Beirut sollen 18 000 Mann französischer Truppen eine zehntägige Schlacht in der Nähe von Damaskus geliefert haben, ohne es indessen zu einem entscheidenden Sieg zu bringen. Das Kurdenviertel in Damaskus und ein anderer Teil der Stadt, wo sich die Aufständischen verschanzt hätten, seien beschossen und eingeäschert worden. Die Aufständischen hätten einen Zug, der von Beirut nach Damaskus fuhr, angegriffen, ihn geplündert und einen französischen Offizier, zwei Soldaten und drei Armenier getötet, die übrigen Personen im Zuge jedoch nicht behelligt.

Einer „Times"-Meldung aus Jerusalem zufolge scheint sich Damaskus nach den Mitteilungen eines dort befindlichen Amerikaners in einer so schlimmen Lage zu befinden, wie sie seit der großen Beschießung im Oktober vorigen Jahres nicht mehr eingetreten ist. Es wird gemeldet, daß sich alle Kurdenstämme den Aufständischen angeschlossen hätten.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Programm der Völkerbundtagung.

Dr. Stresemanns Rückkehr nach Berlin.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird am 9. August von seinem Urlaub wieder in Berlin eintreffen und die Leitung des Außenministeriums übernehmen. In politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß nach der Rückkehr des Außenministers die schwebenden Verhandlungen über Deutschlands Völkerbundeintritt in ihr letztes entscheidendes Stadium gekommen sind. Nach Klärung der Sachlage wird sich die Reichsregierung dann auch über die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genf schlüssig werden müssen. Es gilt als selbstverständlich, daß der Reichsminister des Äußeren an der Delegation wiederum teilnimmt, es ist aber noch nicht sicher, ob auch Reichskanzler Dr. Marx mit nach Genf fahren wird.

Das Programm der Herbsttagung des Völkerbundes, die am 6. September beginnt, umfaßt 22 Punkte. Neben der Wahl des Präsidenten, der Annahme der Tagesordnung und der Geschäftsordnung sowie der Wahl von Kommissionen und ihrer Präsidenten wird ein allgemeiner Bericht über die im letzten Jahr geleistete Arbeit des Völkerbundes erstattet werden. Alsdann wird der Rat einen besonderen Bericht erstatten über die bisherigen Versuche, internationale Streitigkeiten friedlich zu regeln. Ebenfalls wird ein besonderer Bericht über die Fragen des Schiedsgerichts, der Sicherheit und der Abrüstung erstattet werden. Als elfter Punkt der Tagesordnung ist die Prüfung des Berichts der ersten Kommission, der sogenannten Ratserweiterungskommission der außerordentlichen Märzversammlung, über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorgesehen. Der zwölfte Punkt enthält den Bericht über die Vorschläge, die der Völkerbundrat nach Prüfung des Berichtes der Studienkommission zu erstatten haben wird. Es folgen dann weiter die Berichte der Finanz- und Wirtschaftskommissionen über die Lage Österreichs und Ungarns sowie der Bericht über die Arbeiten des vorbereitenden Komitees für die Weltwirtschaftskonferenz. Weitere Berichte werden erstattet über die Arbeiten zum Schutz der Frauen und Kinder im vorderen Orient, über die Vereinheitlichung des Handels und Verkehrs, über die Arbeiten des Hygienekomitees, der Opiumhandelskommission, der Kommission für geistige Zusammenarbeit und der Kommission, die sich mit der Eindämmung des Frauen- und Kinderhandels befaßt. Als zwanzigster Punkt auf der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz vorgesehen. Im einundzwanzigsten Punkt wird das Völkerbundbudget in Verbindung mit dem Budget des internationalen Arbeitsamts und des ständigen Schiedsgerichts im Haag behandelt, während der letzte Punkt der Tagesordnung die Nomination der nichtständigen Ratmitglieder vorsieht.

Neue Abrüstungsbesprechungen.

Die deutsche Delegation zu den Arbeiten der Unterkommission der Abrüstungskonferenz hat sich wieder nach Genf begeben. Bei den kommenden Beratungen muß eine Reihe noch unerledigter Probleme aufgearbeitet werden, im besonderen wird eine Klärung über den Begriff der Rüstungseinschränkungen geschaffen werden müssen. Weiterhin stehen zur Beratung die Methoden für die Rüstungsbeschränkung und die Frage der offensiven und defensiven Rüstung. Alsdann gilt es, eine Unterscheidung von Zivil- und Militärflugzeugen zu finden. Bei der Erörterung des Zusammenhanges der Abrüstung mit der Frage der Sicherheit werden die Frage der allgemeinen Abrüstung bzw. der regionalen Abrüstung und die Fragen, die mit Artikel 16 (Durchmarschrecht) des Völkerbundstatuts zusammenhängen, eine Rolle spielen. Weiterhin soll noch behandelt werden die Frage der Umstellungsmöglichkeit der Industrie von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft und hierbei wird die Gasfabrikation und die Flugzeugherstellung eingehend erörtert werden. Schließlich soll sich die Kommission noch mit der Kontrolle der Rüstungsbeschränkung befassen.

Das deutsch-französische Wirtschaftsprovisorium vor der Unterzeichnung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 4. August. Wie die Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erfährt, sind die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zum Abschluß eines Wirtschaftsprovisoriums nunmehr soweit gediehen, daß mit der Unterzeichnung des Provisoriums durch die beiden Delegationsleiter, Ministerialdirektor Posse und Handelsminister Bokanowski, noch im Laufe dieser Woche gerechnet werden kann.

Die Finanzprojekte der Regierung vom Senat angenommen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 3. August. Nach Schluß der Rede Poincares im Senat erfolgt eine kurze Diskussion, worauf der Senat in die Abstimmung über das Projekt eintrat. Das Finanzprojekt der Regierung wurde ohne die geringste Abänderung mit 250 gegen 30 Stimmen angenommen. Gegen das Projekt stimmten nur die Senatoren der Rechten.

Mobilisiert Jugoslawien?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 4. August. Die D. A. Z. meldet aus Paris: Nach einer Meldung aus Belgrad soll die jugoslawische Regierung den militärischen Kommandanten bereits Mobilisierungsorder erteilt haben. Der Kriegsminister gab bekannt, daß er im Falle der Notwendigkeit nicht davor zurückschrecken werde, in seinen Maßnahmen gegen die Komitatschis ebenfalls die bulgarische Grenze zu überschreiten.

Ausnahmezustand in Korea.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Moskau, 4. August. Wie aus Korea gemeldet wird, sind in Soeul Unruhen ausgebrochen. Die Volksmassen stürmten das Gebäude der Polizeizentrale und versuchten, die politischen Gefangenen zu befreien. Der Angriff wurde durch die Polizeitruppen zurückgewiesen. Ueber Korea ist der Ausnahmezustand verhängt. Die Regierung hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Kein Waffenstillstand in Mexiko.

Amerikanischer Einspruch gegen eine Kirchenbeschlagnahme.

Nach einer Meldung der „Associated Preß" hat der amerikanische Generalkonsul in Mexiko, Weddell, beim Staatsdepartement gegen die Übernahme des Eigentums der amerikanischen Episkopalkirche San José de Gracia Einspruch erhoben. Die Kirche ist seit 1857 amerikanischer Besitz, wurde aber von einem mexikanischen Geistlichen verwaltet. Die Regierung hat auf den Einspruch erwidert, der Geistliche habe das Kirchenbuch nicht in der vorgeschriebenen Weise geführt.

Nach einer „Associated-Preß"-Meldung aus Nogales in Arizona hat der frühere mexikanische Präsident Obregon in einer von ihm unterzeichneten Kundgebung erklärt, er sei mit der von Präsident Calles in Mexiko befolgten Kirchenpolitik einverstanden. Die kirchlichen Würdenträger hätten den Konflikt provoziert, und der Streit werde von selbst verschwinden, wenn sie bereit seien, den Gesetzen zu gehorchen.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat Präsident Calles den von bischöflicher Seite angebotenen Waffenstillstand abgelehnt, jedoch sind inoffizielle Besprechungen zur Einleitung einer Verständigung im Gange.

Der Magdeburger Streitfall.

Disziplinarverfahren gegen Kölling?

Wie verlautet, wird der Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Magdeburger Landgerichtsrat Kölling und auf seine Suspendierung vom Amte beim zuständigen Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts Naumburg a. d. S. gestellt werden.

Die Hauptpunkte dieses Disziplinarantrages sind folgende: Kölling hat einen Dienstbrief, der das schwebende Verfahren betrifft, in der Oppositionspresse veröffentlicht und damit selbst seinen Schritt zu einem demonstrativ betonten parteipolitischen Akt gestempelt; ferner hat er durch Ablehnung aller Berliner Kriminalbeamten und durch die Begründung, daß ihre Hilfe und die des Landespolizeiamts den kriminellen Tatbestand der Mordaffäre Helling nur zu verdunkeln, nicht aufzuhellen geeignet sei und durch

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF